

Offener Brief zum Fall Ruprecht Polenz



Ausgerechnet während eine israelische Delegation Berlin besucht, wird im Bundestag eine andere aus dem angeblich wirtschaftlich und politisch international geächteten Iran empfangen. Viel Verständnis für diese Frechheit, die zu einer [Beschwerde der Israelis](#) führte, zeigt Ruprecht Polenz (CDU), der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses. Ausgerechnet Polenz, der nach dem Freispruch von Geert Wilders in den Niederlanden [durch antisemitische Äußerungen](#) aufgefallen ist.

Diese sind auch Gegenstand eines offenen Briefes an Bundestagspräsident Lammert, der jetzt in Berlin verteilt werden soll, mit dem Ziel, die Immunität des Abgeordneten Polenz aufzuheben, um eine Strafverfolgung wegen des Verdachtes der Volksverhetzung möglich zu machen. Der Brief im Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident Lammert,

mit nachstehenden Zeilen erlaube ich mir, Sie über die Äußerungen eines Mitgliedes des Bundestages – Herrn RA Ruprecht Polenz – zu informieren. Dieser hat am 23. Juni 2011 anlässlich eines Kommentares der Tageszeitung „Die Welt“ zum Freispruch des holländischen Politikers Gert Wilders folgenden öffentlichen (FaceBook) Kommentar getätigt:

“Ob die ‚Welt‘ das Urteil auch so kommentiert hätte, wenn

Wilders sich in gleicher Weise gegenüber Juden und dem Judentum geäußert hätte, wie er es gegenüber dem Islam und Muslimen getan hat?"

Welche Motive einen „erdoganfreundlichen“ Vorderbänkler der CDU in Zeiten Rot-Rot-Grüner Gefahr auch immer treiben mögen – das geht zu weit! Denn Herr Polenz gießt mittels konkretem Hinweis auf einen angeblichen „Judenbonus“ Benzin in das Feuer des islamischen Antisemitismus! Herr Polenz sollte wissen, dass dies einem Aufruf zur „Judenhatz“ gleichkommt!

Dass sich a. G. der real existierenden sozioökonomischen Faktenlage – beider von MdB Polenz angesprochener Kulturkreise – sein Vergleich(!) ohnehin augenscheinlich verbietet, sei hier nur am Rande erwähnt.

Als Deutscher Staatsbürger darf ich Sie – mit allem gebotenen Respekt – dazu auffordern, ein Verfahren zwecks Aufhebung der parlamentarischen Immunität des Herrn Ruprecht Polenz einzuleiten.

Denn eine judikative Klärung bzgl. des Verdachtes der Volksverhetzung ist mandatorisch!

Mit Vorzüglicher Hochachtung

und freundlichen Grüßen

Dr. med. Adam Daniel Poznanski

Um Weitergabe des Briefes wird gebeten.

(Spürnase: Zahal)



Griechen stoppen Gaza-Flotte!



Die griechische Regierung hat die Terror-Flotte nach Gaza gestoppt. Das Zivilschutzministerium in Athen verbot den neun wartenden Schiffen, aus den griechischen Häfen auszulaufen, heißt es. Dazu wies das Ministerium die Küstenwache an, das Verbot mit „allen angemessenen Mitteln“ durchzusetzen.

[„tagesschau.de“](http://tagesschau.de) meldet:

Zur Begründung hieß es, Israel habe eine Seeblockade für Schiffe vor Gaza verhängt. Ein US-Schiff der geplanten Hilfsflotte wurde von der griechischen Küstenwache kurz nach Verlassen des Hafens von Piräus gestoppt. Das Schiff „Audacity of Hope“ (Mut der Hoffnung) war ohne Genehmigung der Behörden aus dem Hafen von Piräus ausgelaufen. Die Behörden erklärten, sie untersuchten den Vorwurf einer israelischen Firma, wonach das Schiff, das 3000 Unterstützerbriefe für die Palästinenser transportiert, nicht seetauglich ist.

Die Organisatoren der Hilfsflotte verdächtigen die israelische Regierung, hinter der Entscheidung Athens zu stehen, das Auslaufen aller Schiffe in Richtung des Gazastreifens zu verbieten. „Wir werden versuchen auszulaufen“, bekräftigte Vangelis Pissias, einer der

Aktivistensprecher, bei einer Pressekonferenz in Athen.

Vor der US-Botschaft versammelten sich rund einhundert Aktivisten, um gegen die Entscheidung zu protestieren. Sie warfen den griechischen sowie den französischen und den US-Behörden vor, Druck aus Israel nachzugeben.

Die Aktivisten werfen Israel auch vor, hinter der „Sabotage“ von zwei Schiffen der Flotte zu stecken. In den vergangenen Tagen waren die Antriebswellen der beiden Schiffe schwer beschädigt worden. Israel wies die Vorwürfe zurück.

Seit einer Woche bereiten sich Aktivisten aus zahlreichen Staaten darauf vor, von verschiedenen Mittelmeerhäfen aus mit Hilfsgütern an Bord von Schiffen nach Gaza aufzubrechen.

Bereits 2010 hatte eine Gaza-Hilfsflotte versucht, die israelische Seeblockade des palästinensischen Gazastreifens zu durchbrechen. Dabei waren neun türkische Aktivisten bei der Erstürmung eines Hilfsschiffes von einem israelischen Kommando getötet worden. Das Vorgehen der Soldaten war international scharf verurteilt worden.

Zur Abwechslung mal hervorragende Nachrichten aus Griechenland...

400.000 Muslime anfällig für radikale Ideen



Der Islamexperte der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung, Johannes Kandel, warnt in seinem neuen Buch: Zehn Prozent der deutschen Muslime seien anfällig für islamistische Werbung. In einem Interview, das die [WAZ](#) veröffentlichte, äußerte sich Kandel besorgniserregend.

Herr Kandel, bedeutet das 400.000 potenzielle Glaubenskämpfer?

Nein. Ich sage nicht, dass sich alle sofort in den Heiligen Krieg stürzen, aber die Empfänglichkeit ist da. Es sind über 400.000 Menschen, die unter bestimmten Umständen für radikalisierte Botschaften anfällig wären. Das ist das Ergebnis einer Integrationsstudie von 2007. Ich halte das für besorgniserregend.

Gibt es eine neue Qualität der Bedrohung?

Es gab die geplanten Anschläge der Kofferbomber und der Sauerlandgruppe. Es gibt das größer werdende Netz deutscher Talibane in Lagern in Afghanistan oder Pakistan, die zum Teil für den Kampf in Deutschland ausgebildet werden. Neu ist auch, dass es sich dabei oft um Deutsche handelt, die zum Islam konvertiert sind.

Warum ist der Islam für sie so attraktiv?

Es ist sehr einfach, Muslim zu werden. Man braucht nur das Glaubensbekenntnis in Gegenwart von muslimischen Zeugen zu sprechen. Die Lehre – ich sage das nicht abwertend – ist sehr einfach und damit attraktiv für Menschen, die in unserer unübersichtlichen Welt nach Orientierung, Geborgenheit,

Sicherheit suchen.

Sicherheitsbehörden halten die Salafisten für die am schnellsten wachsende islamistische Gruppierung in Deutschland.

Man muss dazu nur mal Pierre Vogel beobachten, das ist einer der führenden Prediger der Salafisten, auch ein Konvertit. Der kommt sehr volkstümlich rüber, der trifft den Ton der jungen Leute und sagt ihnen klar, wo es lang geht. Er gibt sich strenger als viele Autoritäten – das imponiert. Bei seinen Auftritten treten reihenweise junge Leute zum Islam über.

Bald eine halbe Million gewaltbereite „Friedensboten“ in Deutschland. Und Europa öffnet weiter die Tore..

Buchtip:

Meisner: Abtreibung in Deutschland ist Barbarei



Kardinal Meisner hat in einem Interview die Abtreibep Praxis als Super-Gau bezeichnet. Was die Gesellschaft „in die Barbarei geführt“ habe, sei die Abtreibep Praxis, so der

Kardinal. „Wir steigen aus der Kernkraft aus, und die noch arbeitenden Meiler gehören zu den sichersten der Welt.“ Durch Schwangerschaftsabbrüche dagegen würden „jeden Tag mehr als zehn Klassenzimmer ausgelöscht“ – Klare Worte in denen sichtbar wird, wohin die verblendende Umerziehung und die neuzeitliche Ideologie geführt haben.

(Von Michael Böthel)

n-tv.de berichtet:

Der Kölner Erzbischof Joachim Kardinal Meisner hat die Abtreibungspraxis in Deutschland scharf kritisiert. Es handele sich um den „täglichen, beschwiegene Super-Gau“, schrieb Meisner in einem Beitrag der „Zeit“-Beilage „Christ und Welt“. Wer um die Zukunft Deutschlands besorgt sei, „sollte sich mehr um dieses Thema kümmern als um die sogenannte Energiewende“. Atomkraft stelle keine existenzbedrohende Gefahr mehr dar: „Wir steigen aus der Kernkraft aus, und die noch arbeitenden Meiler gehören zu den sichersten der Welt.“ Durch Schwangerschaftsabbrüche dagegen würden „jeden Tag mehr als zehn Klassenzimmer ausgelöscht“.

Kinder würden in Deutschland „allgemein und vor allem in den Medien als Bedrohung empfunden für Wohlstand und Freiheit“, schreibt Meisner weiter. Die Liberalisierung des Paragraphen 218 im Jahr 1995 habe eine de-facto-Freigabe der Abtreibung gebracht. „Damit haben wir die Gesellschaft auf einen Weg in das Unmenschliche, in die Barbarei geführt.“

Meisner zeigte sich überzeugt, dass die Schwangerschaftsabbrüche die Ursache für ein weit verbreitetes Gefühl der Unsicherheit in Deutschland sind: „Die acht Millionen in den letzten Jahrzehnten im Mutterleib getöteten Kinder lasten auf unserem kollektiven Gewissen. Das stumme Warum in den Millionen Kinderaugen liegt bleischwer wie eine Grabesplatte auf unserem Bewusstsein.“

Deutschland habe „den Faden des Lebens und damit die

Nabelschnur zur Lebenssicherheit gerissen und gekappt“, fügte Meisner hinzu. Das habe „mit der Schwächung des Glaubens zu tun, mit dem um sich greifenden Glaubensverlust bei vielen Mitbürgern, mit der Geschichte im vereinten Deutschland“. „Wir haben die Nabelschnur der Schöpfung vergessen.“

Meisner, der Abtreibung auch schon mal mit dem Holocaust verglichen hat, kritisiert grundsätzlich jede Forschung an Embryonen. „Es schneidet ins Herz des Menschlichen, wenn es um Design-Babys geht, um die Schwächsten der Schwachen, um die Schutzbedürftigsten. Die Pränataldiagnostik, überhaupt die künstliche Befruchtung und ihre Auslese- und Selektionsmentalität züchten Leben und töten Hoffnung.“

Man kann zu Kardinal Meisner und der katholischen Kirche stehen wie man will. Diese Aussagen sind völlig treffend, und belegen unzweifelhaft, warum Deutschland sich abschafft.

Dänische Grenzkontrollen amtlich – endlich!



Wenn man sich auf der A6 der französischen Grenze nähert, muss man auf 40 kmh

runter. 400 m weiter ist eine Polizeistation, und die Autofahrer werden per Schilder in verschiedene Fahrspuren gelenkt. In dem Grenzgebiet wird eine große Polizeistation für deutsche und französische Polizeieinheiten eingerichtet, um die Kriminalität effektiver bekämpfen zu können.

Es ist also [viel Heuchelei bei all den Diskussionen über die anstehenden dänischen Grenzkontrollen](#) im Spiel. Die deutschen Politiker haben sich da mal wieder glorreich hervorgetan. Hinter vorgehaltener Hand wird gemunkelt, dass die „rechtspopulistische“ Partei DF als Inaugurator der Grenzkontrollen der eigentliche Stein des Anstosses war.

Um es genau zu sagen: jetzt dürfen die Dänen das tun, was die Deutschen längst praktizieren (siehe Foto oben). Die verstärkten Zollkontrollen an Dänemarks Grenzen wurden in nur zehn Minuten vom Finanzausschuss des Folketings bewilligt.

Schon am Dienstag werden die ersten 50 Zollbeamten ihre Arbeit an der Grenze aufnehmen. So werden die ersten [Zollbeamten verteilt:](#)

- 30 werden an der deutsch/dänischen Grenze stationiert
- Zehn werden bei Roedby und Gedser bei den Fähr-Terminalen stationiert
- Zehn sind bei der Øresundsbrücke und der Helsingør-Fähre angestellt
- Das Ziel der Zollkontrollen ist es, die illegale und gesetzeswidrige Einführung von Drogen, Waffen und größeren Geldmengen zu stoppen.
- Es soll keine systematische Kontrolle von Fahrzeugen und Zügen, die die Grenze passieren, geben. Der Verkehr soll so wenig wie möglich behindert werden.
- Bis Ende des Jahres sollen 98 Zollbeamte an den Grenzen sein.
- Anfang 2012 sollen Fahrspuren und Gebäude angelegt werden, und die Zollbeamten erhalten neue Scanner.

Also, wir können besser geschützt und unbesorgt und ohne Zeitverlust unser Ferienziel in Dänemark erreichen. Wer mag, kann trotzdem mal aussteigen und den Zollbeamten gratulieren.

(Text: Alster)

Verfassungsschutz 2010 zu Islam und Pro

Der neue, heute veröffentlichte Verfassungsschutzbericht unter dem Kapitel „Rechtsextremismus“ zu Islamkritik und Pro-Bewegung:

Das rechtsextremistische Spektrum verbreitet seit geraumer Zeit die These einer „Islamisierung Europas“. Der Islam wird darin zum Feindbild stigmatisiert, indem Islam und islamistische Terrorgefahr gleichgesetzt sowie soziale Probleme und gesellschaftliche Missstände in Europa einseitig auf das Verhalten vermeintlich nicht integrierbarer Muslime reduziert werden. Aus anfänglich eher national ausgerichteten Kampagnen zu diesem Thema haben sich in den vergangenen Jahren auf europäischer Ebene Kooperationsbestrebungen von Rechtsextremisten und Rechtspopulisten entwickelt.

Das 2008 gegründete Bündnis „Städte gegen Islamisierung“ vereint eine Reihe von Partnern, die diesem Spektrum zuzuordnen sind (so z. B. der flämische „Vlaams Belang“ (VB), die „Freiheitliche Partei Österreichs“ (FPÖ), die französische Partei „Mouvement National Républicain“ (MNR) und die spanische „Plataforma per Catalunya“). „Bürgerbewegung pro Köln e.V.“ / „Bürgerbewegung pro NRW“ (Verdachtsfall)

Wichtigste Bündnispartner auf deutscher Seite sind die personell eng verwobenen und ideologisch gleichgerichteten „Bürgerbewegung pro Köln e.V.“ („pro Köln“) / „Bürgerbewegung pro NRW“ („pro NRW“).

Nachdem in den Jahren 2008 und 2009 bereits „Anti-Islamisierungskongresse“ durchgeführt worden waren, hatten „pro Köln“/„pro NRW“ vom 26. bis 28. März 2010 – anknüpfend an das Ergebnis der Schweizer Volksabstimmung über ein Minarettverbot im November 2009 – zu einem „Anti-Minarett-Kongress“ eingeladen. An diesem nahmen auch zahlreiche Gäste aus dem europäischen Ausland teil. Auf dem Kongress wurde beschlossen, eine Studie über die Möglichkeiten der Durchführung eines EU-Bürgerbegehrens für ein europa-weites Minarettverbot zu erarbeiten: Minarette seien Ausdruck aggressiv-islamistischer Machtsymbole.

Kommentare willkommen, obwohl sich diese politikkorrekte Magermilch eigentlich von selbst erledigt. Das soll verfassungsfeindlich sein? Der Bericht [kann hier angeklickt werden!](#)

» Islam versus Europe: [The Verdict of German Intelligence on the Counterjihad Movement](#)

Frauenfußball-WM: Alles nur künstlicher Hype?



Bei der Fußball-WM

der Frauen gibt es einen öffentlich verordneten Feierzwang mit allgemeiner Verpflichtung zum Freuen. Dieser Meinung ist jedenfalls Jakob Augstein [in seiner Sp0n-Kolumne „Im Zweifel links“](#). Auch wenn der Spiegel-Journalist zu anderen Themen größtenteils Unsinn schreibt – man ist gewillt ihm ausnahmsweise zuzustimmen. *„Am liebsten soll alles so sein, wie es in den Tagen jenes sprichwörtlich gewordenen ‚Sommermärchens‘ war, glückliche Deutsche allüberall und ein wogendes schwarz-rot-goldenes Fahnenmeer. Das Problem ist nur: Damals war die Begeisterung echt. Heute ist sie künstlich“*, schreibt Augstein. Wie ist die Meinung der PI-Leser zur Frauen-WM?

(Foto: WM-Angie darf wieder jubeln)

Mitversicherung für Ehefrauen am Pranger



Wirtschaftsexperten

verunglimpfen die kostenlose Mitversicherung für Ehefrauen als „Herdprämie“ und wollen sie abschaffen. Natürlich stellt keiner die kostenlose Mitversicherung für in der Türkei lebende Familienangehörige (in deren Genuss Deutsche nicht kommen) in Frage. Das würde sich doch in diesem Zusammenhang anbieten.

Vielleicht könnte man auch türkische und arabische, zwangsverheiratete Ehefrauen, die nicht arbeiten dürfen, ausdrücklich ausnehmen.

Die WELT [berichtet](#):

Wirtschaftsexperten halten die beitragsfreie Krankenversicherung für eine „Herdprämie“. Würde sie abgeschafft, könnten die Beiträge sinken.

Wirtschaftsexperten haben das Ende der kostenlosen Mitversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung gefordert. Es sei „grob ungerecht“, Familien mit einem Verdiener gegenüber Doppelverdienerfamilien zu begünstigen, sagte Hubertus Pellengahr, Geschäftsführer der arbeitgebernahen Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), am Mittwoch in Berlin. Die SPD kritisierte den Vorschlag scharf.

Die kostenlose Mitversicherung der rund fünf Millionen Hausfrauen und -männer in Deutschland sei „nichts anderes als eine Herdprämie“, sagte Pellengahr. Er schlug vor, sie mit einer Pauschale von etwa 126 Euro monatlich an den Krankenkassenbeiträgen zu beteiligen. So ließen sich die

Beiträge für alle um 0,7 Prozentpunkte senken, rechnete Pellengahr unter Berufung auf eine INSM-Studie des Freiburger Generationenforschers Bernd Raffelhüschen vor. Laut der Studie geben die deutschen Sozialversicherungen jährlich 100 Milliarden Euro für versicherungsfremde Leistungen aus.

Allein bei der gesetzlichen Rentenversicherung seien dies rund 93 Milliarden Euro, sagte Raffelhüschen. Als derartige „Fehlfinanzierung“ bezeichnete er etwa die höheren Renten in der DDR, wo die Beitragszahlungen stärker angerechnet würden. Darüber hinaus sollten Kindererziehung und Berufsausbildung in der Rentenversicherung nicht höher bewertet werden, befand der Finanzwissenschaftler.

Ja, eben. Schließlich machen sich Kindererziehung und das bißchen Haushalt von allein. Weiß man doch...

(Spürnase: Puseratze)



Werder Bremen schmeißt NPD-Funktionär raus



Mit den Sportlern ist es wie mit den Künstlern. Meist verstehen sie nichts von Politik, hängen aber wie kaum ein anderer Berufszweig an den staatlichen Fleischtöpfen. Beides zusammen macht sie äußerst anfällig für den gerade vorherrschenden Zeitgeist. Ob dieser ein demokratischer ist, spielt dann nur eine untergeordnete Rolle. So auch beim Bundesligaverein Werder Bremen, der sich rechtzeitig vor 1933 seines jüdischen Präsidenten Alfred Ries entledigte und nun aktuell den kleinen NPD-Funktionär Jens Pühse [aus der Mitgliederliste getilgt](#) hat.

(Von Thorsten M.)

Die Vorgeschichte für diesen Akt erscheint dabei denkbar banal. Irgendein eifriger Antifant bei Werder Bremen muss wohl festgestellt haben, dass der aktive NPDler Jens Pühse Mitglied des Vereins ist. Nachdem aber die Werder-Satzung Menschen „unabhängig von Abstammung, Hautfarbe, Herkunft, Glaube und sozialer Stellung sowie sexueller Identität“ eine sportliche Heimat geben möchte, nicht aber unabhängig von ihren politischen Ansichten, war das große Halali schnell eröffnet. Die Vereinsspitze beschloss zeitgeistkonform ein Exempel zu statuieren und ein Ausschlussverfahren einzuleiten. Der so inkriminierte machte es dem dafür vorgesehenen Tribunal auch nicht unnötig schwer und schwänzte die Vorladung zu der dafür natürlich „rechtsstaatskonform“ vorgesehenen „Anhörung“ trotz Aufforderung per Einschreiben. Viel gebracht hätte ihm eine Teilnahme eh nicht, der Sachverhalt war schließlich klar.

So konnte Werder-Mediendirektor Tino Polster nun Vollzug melden. Der SV Werder ist jetzt „nazifrei“. Ob es für Herrn

Pühse dazu auch noch ein Stadionverbot für die frühere „Bremer Kampfbahn“ gehagelt hat, ist dagegen nicht überliefert.

Was diese Geschichte so pikant macht, ist, dass sie das hohle Gefasel von der „Verbindenden Kraft des Sports“ und der Integration entlarvt. Wissen die etwa schon mehr, z.B. wie oberflächlich der Friede in der Regionalliga mit dem „FC Kosova irgendwas“ oder in den eigenen Reihen mit den Miri-Kindern ist?!

Ein Sportverein ist zunächst einmal kein politischer Debattierclub, sondern eine Gemeinschaft zur – Vorsicht „Autobahn!“ – Körperertüchtigung und für Spiele nach für alle gültigen Spielregeln. Es ist ein Ort, an dem man nicht nur trotz verschiedener Religionen oder Herkunft, sondern genauso auch trotz völlig konträrer politischer Ansichten Fairplay miteinander lernen kann (so zumindest die Theorie). Sicher etwas, das die Damen und Herren Werder-Funktionäre nicht nur dem Taliban- oder Miri-Sohn in Bremen, sondern nicht weniger auch Herrn Pühse für den weiteren Lebensweg wünschen werden. Und die „Integration“ – von einem heutigen NPD-Funktionsträger genauso wie von einem Salafisten oder „Grauen Wolf“ – steht ja bekanntlich am Ende und nicht am Anfang...

Wenn sie sich hier also für den Ausschluss entschieden haben, zeigt uns dies, dass ein „Rechter“ für die Vereinsakteure eben nur ein Mensch zweiter Klasse mit einzuschränkenden Rechten ist. Damit sind sie aber auf dem selben Holzweg, auf dem andere diskriminierende Gesellschaften in Deutschland auch schon waren. Mal war es der Rassenfeind, dann der Klassenfeind, den man erst sozial und dann physisch vernichtet. Was kommt als nächstes? Wehret den Anfängen! Um das festzustellen, muss man übrigens die NPD nicht mögen.

» тино.полстер@werder.de

Stuttgart 21 als Fukushima der Grünen

☒ Stuttgart 21 wird wahrscheinlich für die Grünen zum Fiasko. Konnte man vor der Landtagswahl im März noch mit den „Parkschützern“, die aus einem kriminellen Bodensatz an Randalierern und ein paar affigen Baumkraxlern bestehen, Hand in Hand Rabatz machen, muß der grüne Ministerpräsident nun das Gesetz vertreten. Und nach allem, was man objektiv weiß und sagen kann, wird Stuttgart 21 gebaut.

Der Streßtest wird positiv ausfallen, die Bahn wird ihre rechtlich total abgesicherten Baumaßnahmen fortsetzen, die gewalttätigen Demos müssen die Grünen dann per Polizei bekämpfen, die versprochene Bürgerbefragung wird vermutlich gar nicht stattfinden, und wenn sie stattfindet, wird die Mehrheit für den Bahnhof sein, und selbst wenn das Volk dagegen stimmt, ist die Volksbefragung rechtlich unerheblich. Wohin man auch schaut, der Bahnhof wird zu einem Sargnagel für die Grünen.

Einen kleinen Vorgeschmack bot diese Woche bereits der hochtoxische grüne Verkehrsminister Hermann (Foto), lange für Tübingen im Bundestag. Im Landtag wurde er bereits der Lüge verdächtigt, weil er die Ergebnisse des Stresstests der Bahn jeden Tag anders kommentierte. Am 17. Juli 2008, mitten in der PKW-Absatzkrise, stand im „Schwarzwälder Bote“:

Auch was Autos angeht, planen die Grünen Veränderungen. Der Tübinger Abgeordnete Winfried Hermann setzt sich dafür ein, dass besonders starke Spritfresser ab 2012 gar nicht mehr zugelassen werden. Alle Autos, die mehr als 240 Gramm CO2 pro Kilometer ausstoßen, müssten dann in den Werkshallen der

Autohersteller bleiben. Betroffen wäre nahezu die gesamte S-Klasse von Mercedes. Der Autobauer Porsche könnte dann beim gegenwärtigen Stand der Technik dichtmachen.

Ausgerechnet eine solche grüne Zeitbombe zum Verkehrsminister zu machen, da gehört schon eine Portion Mut oder Dummheit dazu!

Als Gegner der Ökos kann man sich jedenfalls zurücklehnen und genießen. Sollte noch ein knackiger Stromausfall im Herbst dazukommen, dann fegt es auch die grüne Angela aus ihrem Hosenanzug. (Das Copyright für „Grünenfukushima“ hat FAZ-Blogger Don A., der aber selber grünkorrekt ist.)

Nach fünf Jahren noch keine Sprachkenntnisse



Schulbildung: Drei Jahre Koranschule in der Türkei. Beruflicher Werdegang: Lehrling bei einem Dortmunder Imam, 2 Jahre Jugendbetreuer in Ingolstadt, 2 Jahre Jugendbetreuer in Vorarlberg. Sonstige Kenntnisse: Nach 5 Jahren „Berufstätigkeit“ in Deutschland und Österreich noch kein Wort Deutsch gelernt. Dennoch ist die Augsburger Allgemeine begeistert über den neuen Imam, der türkischen Mohammedanern Integration beibringen und sie gegenüber deutschen Behörden vertreten soll.

Die Augsburger Allgemeine berichtet:

Vorarlberg ist den Brettlfans unter den Augsburgern nicht unbekannt. Auch Özkan Karagülle testete hier das Wedeln. Seit 2009 war der türkische Imam des Verbandes Islamischer Kulturzentren (VIKZ) beruflich in dem österreichischen Bundesland aktiv, als Vorbeter für türkischsprachige Jungen eines Schülerwohnheims. Zum 1. Mai wurde er von seinem Arbeitgeber in die Eschenhof-Moschee nach Augsburg versetzt. Deren bisherigen Imam schickte der Verband, zu dem die Moschee des Augsburger Bildungs- und Kulturvereins gehört, im Gegenzug nach Vorarlberg.

Ein wenig einarbeiten müsse er sich noch. „Aber die Begeisterung über den FCA-Aufstieg konnte ich in meiner neuen Gemeinde zum Beispiel bereits hautnah miterleben“, sagt Karagülle. Er wohnt mit seiner Frau und dem drei Monate alten Baby in dem in rotem Marmor glänzenden Vereinshaus, das auch die Moschee, einen Frauenbereich, die Kantine mit Küche und weitere Sozialräume beherbergt.

Die Frau des Imam wurde als Kind türkischer Einwanderer in Duisburg geboren, absolvierte selbst eine dreijährige Grundausbildung für VIKZ-Imame und ist Deutsche. Ihr Mann hofft, dass sie nach der Erziehungszeit auch wieder in die Gemeindegarbeit einsteigt. Er selbst habe noch kein Deutsch gelernt, bedauert der Imam. Doch jetzt hat er sich vorgenommen, Sprachkurse zu besuchen. Nicht zuletzt, weil der Verein es mit Blick auf die Vielsprachigkeit der Gläubigen fordert.

Karagülle wurde 1982 als Sohn eines Schusters in Zonguldak an der türkischen Schwarzmeerküste geboren und besuchte drei Jahre lang eine Privatschule für religiöse Grundbildung in Istanbul. Als Hilfsimam schickte ihn der VIKZ zu einem älteren Imam nach Dortmund in die Lehre. Anschließend bewährte er sich zwei Jahre in einem Schülerwohnheim in Ingolstadt, bevor er nach Vorarlberg kam. Karagülle steht

entsprechend der Verbandssatzung und den Lehren des türkischen Wanderpredigers Süleyman Tunahan für eine strenge, konservative Lebensführung. Er ist überzeugt: „Wir müssen die Gesetze befolgen und der Gesellschaft nutzen. Das ist unser Sinn und unsere Aufgabe.“ Der Weg zur spirituellen Gotteserfahrung führt demzufolge nur über die grenzenlose Verehrung des geistigen Meisters Tunahan.

Neben der grenzenlosen Verehrung des gesetzgebenden Meisters sieht der neue Imam seine Aufgabe besonders darin, seine Landsleute gegenüber Schule, Polizei und anderen Behörden der Ungläubigen zu vertreten, wenn deren Gesetze etwas anderes vorschreiben als die des grenzenlos verehrten Meisters.

(Spürnase: Franz W.)



Anklage wackelt: Strauss-Kahn bald wieder frei?



Im Fall des früheren IWF-Chefs Dominique Strauss-Kahn zeichnet sich eine sensationelle Wende ab: Die New York Times berichtet mit Berufung auf den zuständigen

Staatsanwalt in New York, dass die Anklage wegen versuchter Vergewaltigung unmittelbar vor dem Zusammenbruch stehe.

Die [WELT](#) berichtet:

An der Glaubwürdigkeit des Zimmermädchens, das dem früheren Währungsfonds-Chef Dominique Strauss-Kahn einen Vergewaltigungsversuch vorwirft, gibt es nach Angaben der „New York Times“ erhebliche Zweifel.

Die Zeitung schreibt in ihrer Freitagsausgabe, dass die Staatsanwälte das Vertrauen in ihre wichtigste Zeugin verloren hätten. Der ganze Fall sei „am Rande des Zusammenbruchs“. Kurz zuvor war bekannt geworden, dass Strauss-Kahn noch am Freitag erneut vor Gericht erwartet wird.

Die 32-Jährige, die vor neun Jahren aus dem westafrikanischen Guinea eingewandert war, soll nicht nur bei ihrem Asylantrag gelogen haben. Es gebe auch Hinweise, dass sie in Geldwäsche und Drogenhandel verwickelt sei. Die Zeitung beruft sich dabei auf zwei hochrangige Strafverfolger, ohne sie namentlich zu nennen.

Die Frau hatte angegeben, dass Strauss-Kahn sie am 14. Mai in seinem Hotelzimmer splitternackt überfallen und zum Oralsex gezwungen habe. Der Franzose wurde gut vier Stunden später aus der Ersten-Klasse-Kabine seines Paris-Fluges festgenommen und sitzt seitdem in Haft.

Die letzten Wochen durfte er allerdings, nach Hinterlegung einer Kaution von sechs Millionen Dollar, unter strengsten Auflagen, in einem großzügigen Apartment in Manhattan wohnen. Wegen der Vorwürfe war Strauss-Kahn als IWF-Chef zurückgetreten.

Die Ermittler würden nun intern über „große Löcher“ in der Glaubwürdigkeit der Frau klagen, berichtete die Zeitung. Sie habe bei den Vernehmungen in den letzten knapp sieben Wochen

wiederholt gelogen. Auch wenn es Beweise für einen sexuellen Kontakt gebe, würden die Ankläger ihr nicht mehr viel glauben.

100.000 Dollar auf dem Konto

So soll sie am Tag mit einem inhaftierten Mann über die Möglichkeit gesprochen haben, mit Vorwürfen gegen den Franzosen Geld zu machen. Der Mann sitze wegen Drogenschmuggels und habe immer mal wieder Geld, zusammen etwa 100.000 Dollar, auf dem Konto der Frau geparkt. Bisher galt sie als alleinstehende Mutter, die mit dem Lohn als Zimmermädchen mühsam sich und ihr Kind durchbringt.

Laut „Times“ sagte die Frau, die Einzahlungen seien von einem Freund ohne ihr Wissen gemacht worden. Sie wisse auch nichts über monatliche Telefonrechnungen in Höhe von Hunderten Dollar. Staatsanwalt Cyrus Vance sagte dem Gericht laut „Times“, er habe „große Probleme mit dem Fall“.

Strauss-Kahn sollte am Freitag wieder vor Gericht erscheinen. Bei dem Termin sollte es um leichtere Haftbedingungen für den 62-Jährigen gehen. Eigentlich war als nächster Verhandlungstag der 18. Juli vorgesehen.

Asylmissbrauch, Drogenhandel, Geldwäsche – war das Zimmermädchen nicht angeblich so streng gläubig und trug ein Kopftuch?